

ANSTOSSEN GESTALTEN STÄRKEN



Handlungskonzept
der IHK zu Dortmund



ANSTOSSEN GESTALTEN STÄRKEN

Handlungskonzept der IHK zu Dortmund

Anstoßen | Gestalten | Stärken
Handlungskonzept der IHK zu Dortmund 2010-2013
Stand: September 2010

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial	
Der Sozialen Marktwirtschaft verpflichtet	4
Die zwölf wichtigsten Leitsätze der IHK zu Dortmund	6
Standortpolitik sichert Wachstum und Innovation	7
Technologie und Innovation stärken	7
Familie und Beruf vereinbaren	7
Industrie unterstützen	8
Energie und Umwelt sichern	8
Außenwirtschaft fördern	10
Bürokratie abbauen	11
Steuern und Finanzen reformieren	12
Leitprojekte bis 2013	13
Bildung schafft Zukunft	14
In vorschulische Bildung investieren	14
Schulische Bildung ausbauen	14
Berufsausbildung stärken	16
Berufliche Weiterbildung unterstützen	17
Hochschulbildung als Impulsgeber nutzen	18
Leitprojekte bis 2013	18
Infrastruktur und Flächen – Faktoren wirtschaftlicher Dynamik	19
Moderne Flächen für leistungsfähige Unternehmen bereitstellen	19
Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln	19
Straßeninfrastruktur konsequent ausbauen	20
Schieneninfrastruktur modernisieren	21
Binnenschifffahrt stärken	21
ÖPNV an Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen	22
Rahmenbedingungen für Luftverkehr verbessern	23
Handel, Kultur, Kreativität: Impulse für eine attraktive Region	25
Funktionsfähige Zentren erhalten und sichern	25
Gefährdungen für Zentren abwehren	26
Stadtmarketingkonzepte wiederbeleben	27
Gewerbliche Leerstände in den Zentren reduzieren	28
Schwung aus dem Kulturhauptstadtjahr mitnehmen	28
Leitprojekte bis 2013	29
Städtebauliche Projekte nach Kommunen	30
Regionale Verkehrsprojekte nach Kommunen	33
Kennzahlen zu verfügbaren Flächen im IHK -Bezirk Dortmund	37
Mitwirkende aus Vollversammlung und Geschäftsführung	38
Fotonachweise	39

DER SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT VERPFLICHTET

Mit dem Handlungskonzept „Anstoßen, Gestalten, Stärken“ hat die im November 2009 neu gewählte Vollversammlung der IHK zu Dortmund ihre Zielvorstellungen für die Weiterentwicklung der Region in der Wahlperiode 2010 bis 2013 erarbeitet. Sie will damit an frühere Handlungskonzepte anknüpfen und gleichzeitig neue Ideen und Projekte auf den Weg bringen, die in die Zukunft gerichtet sind. Es steht im Kontext der „Wirtschaftspolitischen Positionen“ des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und der „Leitlinien für die Wirtschaftspolitik“ der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen.

Die Unternehmen in den Städten Dortmund, Hamm und im Kreis Unna blicken wieder mit mehr Zuversicht auf die wirtschaftliche Entwicklung. Hinter uns liegt eine der schlimmsten Finanz- und Wirtschaftskrisen. Die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland ging im Jahr 2009 um fünf Prozent zurück. Dennoch sind die IHK-Region und dabei der Arbeitsmarkt mit einem blauen Auge davongekommen. Die Gründe für die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sind vielfältig. Die Vorschläge zu ihrer Bewältigung ebenso. Der Ruf nach mehr Regulierung und mehr Staat nützt nach Meinung der Unternehmer in der IHK-Vollversammlung aber nichts, um wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu kommen. Eine Ausnahme ist die globale Finanzwirtschaft. Hier muss es weltweit zu einheitlichen Regelungen kommen, damit sich die systemgefährdenden Transaktionen und Prozesse nicht wiederholen.

Stattdessen ist eine Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage des wirtschaftlichen Handelns unabdingbar. Die Sozia-



le Marktwirtschaft gehört zu den unverzichtbaren Säulen unserer Gesellschaft. Nur sie schafft einen vernünftigen Ausgleich zwischen wirtschaftlicher Freiheit und sozialer Sicherheit.

Unser Ziel ist es, den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft in allen Bevölkerungsschichten weiter zu verfestigen. Hierzu schlagen die Unternehmen im neuen Handlungskonzept mit dem Titel „Anstoßen, Gestalten, Stärken“ zwei konkrete Projekte vor: Zum einen werden unter dem Motto „99 Unternehmertage in regionalen Schulen“ Unternehmer der Region die Soziale Marktwirtschaft Kindern und Jugendlichen erläutern. Zum anderen sollen Stiftungen in der Region finanziell unterstützt werden, die wirtschaftsnahe Ziele verfolgen und damit den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft stärken. Hierzu bieten sich beispielsweise Zustiftungen aus dem Kreis der regionalen Unternehmerschaft an.

Die Wirtschaft lebt von ständiger Erneuerung. Grundlage hierfür sind Innovationen in allen wirtschaftlichen Handlungsfeldern. Wir wollen den Fokus auf die hohe Innovationskraft der regionalen Unternehmen lenken und herausragende Leistungen öffentlichkeitswirksam anerkennen.

Ein besonderes Augenmerk muss vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auf einem ausreichenden Angebot von Fachkräften liegen. Denn Innovationen brauchen Köpfe. Hierzu gilt es, unterschiedliche Stellschrauben zu justieren. Um den Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen das vorhandene Erwerbspersonenpotenzial besser ausgeschöpft, die Bildungsanstrengungen erhöht und die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte weiter erleichtert werden. Es muss uns aber auch gelingen, mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine duale Ausbildung zu befähigen und zu gewinnen.

Das internationale Geschäft ist ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen. Daher werden wir diese in ihren außenwirtschaftlichen Aktivitäten nachhaltig unterstützen. Ziel ist es, die Zahl der international operierenden Unternehmen zu erhöhen, die Exportquote zu steigern und attraktive Bedingungen auch für ausländische Investoren zu schaffen.

Die wirtschaftliche Struktur des IHK-Bezirks stimmt. Wir verfügen heute neben großen Unternehmen über einen vielschichtigen, innovativen Mittelstand. Der Dienstleistungsbereich ist in einem vielseitigen Branchen-Mix eine ebenso konstante Größe wie der Groß- und Einzelhandel. Wir sind erfolgreich in den Bereichen Kredit- und Versicherungswirtschaft sowie der Gesundheitswirtschaft. Bei allem Erfolg werden wir aber nachhaltig auf eine Stärkung der industriellen Basis drängen. Zu einem abgerundeten und attraktiven Standort

Anstoßen heißt für uns ...

... vorhandene Kräfte in Bewegung zu setzen. Davon gibt es in unserer Region eine bemerkenswerte Menge und Dynamik wird zu Eigendynamik.

Gestalten bedeutet ...

... vordenken, konstruieren, Ziele setzen. Neue Blickrichtungen wagen – Rahmenbedingungen schaffen – Großes für möglich halten: So entsteht das Gerüst, an dem die Region emporwachsen kann.

Stärken heißt ...

... aufrichten, befähigen, beleben, erfrischen. Schwaches erkennen und trainieren, ausgeprägte Vorzüge ins rechte Licht rücken.

Westfälisches Ruhrgebiet gehören auch optimierte Verkehrswege sowie ein Kultur-, Sport- und Freizeitangebot auf hohem Niveau. Wir werden nicht müde werden, hier unsere Vorstellungen darzulegen. Denn diese Region ist stark, wir müssen sie nur noch besser vermarkten.

Die Richtung stimmt. Wir sind auf einem guten Weg. Das Potenzial für eine erfolgreiche Weiterentwicklung ist vorhanden. Wir können aber immer noch besser werden. Bestimmt können wir damit punkten, wenn wir den Schwung aus dem Kulturhauptstadtjahr auch in die kommenden Jahre mitnehmen.

Udo Dolezych
Präsident

Reinhard Schulz
Hauptgeschäftsführer

DIE ZWÖLF WICHTIGSTEN LEITSÄTZE DER IHK ZU DORTMUND

- Den Gedanken und die Praxis der Sozialen Marktwirtschaft stärken
- Innovationsfreundliches Klima weiterentwickeln
- Positive Rahmenbedingungen für Industrie und Gewerbe setzen
- Wettbewerbsfähigkeit durch eine optimale Energieversorgung steigern
- Außenwirtschaftliche Aktivitäten nachhaltig unterstützen
- Bildung und Wissenschaft einen größeren Stellenwert geben
- Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt im Gleichgewicht halten
- Fachkräftebedarf der Wirtschaft sichern
- Demografische Entwicklungen als Chance begreifen
- Verkehrswege Schiene, Straße, Wasser und Luft optimieren
- Einzelhandelsstrukturen in den Innenstädten weiter ausbauen
- Kultur-, Sport- und Freizeitangebote auf hohem Niveau beibehalten



Stärken heißt für mich ...

... das vorhandene Potenzial aus Wirtschaft und Wissenschaft zueinander zu bringen. Neue Innovationskraft zum Wohle der gesamten Region wird so entstehen.

Dr. Knut Zschiedrich, Vizepräsident der IHK zu Dortmund

STANDORTPOLITIK SICHERT WACHSTUM UND INNOVATION

Eine kluge Standortpolitik ist die Grundlage für erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Ein positives Investitionsklima sowie praxisnahe und wirtschaftsgerechte Forschung bieten großes Potenzial, um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Westfälisches Ruhrgebiet zu sichern. Zusätzliche Leistungsanreize können zu mehr Effizienz in den Unternehmen führen. Hierzu beitragen könnte ein Innovationspreis für unterschiedliche Branchen.

Technologie und Innovation stärken

Technologie spielt in den Städten Dortmund, Hamm und im Kreis Unna eine herausragende Rolle. Diese Region verfügt über exzellente Hochschulen und Kompetenzzentren. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist einer der Motoren für Innovation und Wachstum. Unter dem Namen „Der Innovationsstandort“ hat die IHK gemeinsam mit der Handwerkskammer, den Wirtschaftsförderungen, Hochschulen und Instituten eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, die alle regionalen Transfermaßnahmen bündelt. Noch stärker als bisher aber müssen dabei auch die Belange kleiner und mittelständischer Unternehmen berücksichtigt werden.

Grundlage für dauerhafte Innovationen sind Fach- und Führungskräfte auf allen Ebenen. Daher sollten besondere Maßnahmen entwickelt werden, um neue Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden.

IHK-Position:

- Ausbildung und Forschung auf höchstem Niveau fördern und sichern
- Verbundprojekte einwerben und abwickeln
- Patentverwertung und Gründung neuer Unternehmen fördern
- Informationen aus Forschung und Entwicklung praxisnah aufbereiten
- Transfer Wissenschaft/Wirtschaft intensivieren
- Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen stärken

Familie und Beruf vereinbaren

Eine familienbewusste Personalpolitik der Unternehmen bringt Vorteile im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. So werden schon jetzt betriebsintern die nötigen Strukturen mit Blick auf Arbeitszeit, -organisation, und -ort geschaffen. Aber auch im äußeren Umfeld des Unternehmens müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu gehören insbesondere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, aber auch

für ältere, behinderte und kranke Familienangehörige. Nur so können mehr qualifizierte Eltern am Erwerbsleben teilnehmen und auch mehr Frauen in Führungspositionen gelangen. Dafür wird sich die IHK einsetzen.

Dazu muss das Land NRW weitere Betreuungsplätze schaffen. Darüber hinaus bietet es sich an, die Öffnungszeiten der Kindergärten und Kindertagesstätten zu flexibilisieren – auch an den Wochenenden und in den Ferien. Hier sind vor allem die Träger und Jugendämter in den Städten und Gemeinden des IHK-Bezirks gefordert.

Damit beide Elternteile berufstätig sein können, regt die IHK eine Erhöhung des Kinderbetreuungsangebots in der Wirtschaftsregion an. Dazu soll in einem ersten Schritt eine Bedarfsanalyse erstellt werden. Die jetzt schon arbeitenden lokalen Bündnisse für Familien wie beispielsweise in Dortmund, Hamm, Kamen, Schwerte, Selm, Werne und im Kreis Unna können hierbei wichtige Hilfestellungen leisten. In diesen Bündnissen arbeiten in der Regel Wohlfahrtseinrichtungen, die Kommunen und Einrichtungen der Wirtschaft zusammen.

IHK-Position:

- Mehr Betreuungsplätze für Kinder schaffen
- Die Kinderbetreuungszeiten und -strukturen müssen sich an die Gegebenheiten des Erwerbslebens anpassen
- Betreuungsmöglichkeiten für ältere, behinderte und kranke Familienangehörige schaffen

Industrie unterstützen

Die IHK setzt sich für die Schaffung eines industriefreundlichen Umfelds ein. Die Wahr-

nehmung der Industrie muss durch ein positives und modernes Image gefördert werden. Die IHKs in NRW haben ein Positionspapier mit dem Titel „Mit der Industrie in die Zukunft“ verabschiedet, um die Rahmenbedingungen für diese Branche zu verbessern. Mit einer „Tour der erfolgreichen Industrie“ soll eine vorwärtsgerichtete, dynamische und innovative Industrielandschaft bekannt gemacht werden. Mit Hilfe der IHK sollen Leuchtturmprojekte aus Handel, Dienstleistung und Industrie gebildet werden. Ein hervorragendes Beispiel für ein zukunftssträchtiges Netzwerk aus Unternehmen, Instituten und weiteren Einrichtungen ist das EffizienzCluster LogistikRuhr. Ziel ist es, die Unternehmen des IHK-Bezirks stärker in dieses Exzellenz-Projekt einzubinden.

IHK-Position:

- Das Image der Industrie positiv beeinflussen
- Die Industrie muss wachsen können
- Innovationen fördern, Clusterpolitik vorantreiben
- EU-Richtlinien nur noch 1:1 umsetzen

Energie und Umwelt sichern

Eine kostengünstige, dauerhaft sichere und umweltverträgliche Energieversorgung ist Voraussetzung für einen stabilen Wirtschaftsstandort. Hierfür brauchen die Unternehmen klare und verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so kann die Wirtschaft in Energieversorgung, umweltschonende Nutzungskonzepte und zukunftsweisende logistische Systeme investieren. Wichtige energie- und klimapolitische Inhalte sind in den „Energiepolitischen Positionen 2009“ der IHKs in NRW dargestellt. Besondere Bedeutung hat der breite Energie-

mix mit der damit verbundenen Versorgungssicherheit. Kein Energieträger kann derzeit isoliert eine wirtschaftliche, sichere und nachhaltige Energieversorgung gewährleisten. Deshalb ist ein möglichst breiter Energiemix aus heimischen Energieträgern wie zum Beispiel Braun-, Steinkohle und erneuerbaren Energien sowie importierten Energieträgern erforderlich. Die heutige Versorgungsstruktur basiert auf Kraftwerkstypen wie Kern-, Braun- und Steinkohle-, Gas-, Solar-, Wind-, Blockheiz- und Industriekraftwerken. Die IHK bekennt sich ausdrücklich zur Energieerzeugung in der Region, insbesondere zu den Kraftwerkstandorten Lünen und Hamm. Um Schwankungen auszugleichen, die durch die Einspeisung erneuerbarer Energien entstehen, ist ein intelligentes Stromnetz-Management vorzuhalten.

Wichtig ist, dass die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig ausgebaut werden. Dabei muss beachtet werden, dass die Zusatzbelastungen der Stromverbraucher durch das Er-

neuerbare-Energien-Gesetz (EEG) begrenzt werden. Mit diesen Forderungen geht einher, dass die erwartete EEG-Novellierung die Möglichkeit zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit anderen EU-Mitgliedsstaaten bietet. Auf eine baldige, stärkere Harmonisierung der Fördermechanismen im EU-Energiebinnenmarkt sollte hingewirkt werden.

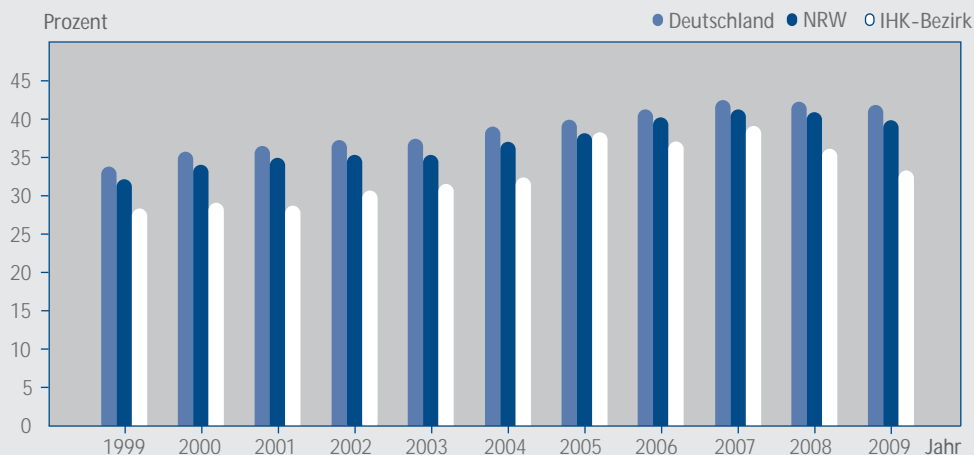
Bis zum heutigen Tag sind mehrere Tausend Umweltvorschriften auf Bundes-, Länder-, kommunaler und auf Ebene der Europäischen Union nicht sinnvoll aufeinander abgestimmt. Vor jeder Gesetzesinitiative sollten daher die Verantwortlichen prüfen, ob die angestrebten Regulierungen auch auf freiwilliger oder vertraglicher Basis erreicht werden können. Eine City-Maut etwa würde die Kostenbelastung für die Wirtschaft unverhältnismäßig erhöhen. Auch Fahrverbote in städtischen Umweltzonen sollten auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Ziel muss ein europäisches Umweltgesetzbuch sein.

Mit seiner einzigartigen Technologie gehört der RWE-Kombiblock am Standort Gersteinwerk in Werne auch heute noch zu den modernsten Anlagen der Welt.



Exportquote im IHK-Bezirk

(Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden mit Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

IHK-Position:

- Mit heimischen Energieträgern die Importabhängigkeit reduzieren
- Netz- und Kraftwerkskapazitäten zügig ausbauen und erneuern
- CO₂-freie Energieerzeugung stärken und Energieeffizienz fördern
- Wettbewerb erhöhen und Marktzutritte erleichtern
- Ökosteuer abschaffen und Zusatzbelastungen senken
- Einnahmen aus klimapolitischen Instrumenten sinnvoll verwenden
- Energieforschung auf ausgewogenen Energiemix ausrichten
- Umweltpolitik intelligent gestalten und Umweltrecht harmonisieren
- EU-Emissionshandel muss industrie- und gleichzeitig klimafreundlich ausgestaltet werden

Ähnliches gilt für das Planungsrecht. Zu einer modernen Stadt gehören Wohnen, Verkehr, Freizeit und Gewerbe gleichberechtigt nebeneinander. Sollten jedoch Verkehr und Gewerbe einseitig in ihrer Entwicklung eingeschränkt werden, wird den Städten die ökonomische Grundlage entzogen. Sonderregelungen zum bestehenden Planungsrecht sind daher überflüssig.

Außenwirtschaft fördern

Das internationale Geschäft ist ein Garant für den wirtschaftlichen Erfolg hiesiger Unternehmen. Selbst nach dem krisenbedingten Einbruch hat die Industrie in NRW 2009 fast doppelt so viele Waren ins Ausland geliefert wie im Jahr 1991. Die Unternehmen im IHK-Bezirk haben im Jahr 2009 Güter im Wert von rund vier Milliarden Euro exportiert. Das zeigt, dass die wirtschaftlichen Erfolge der

Unternehmen in dieser Region in erheblichem Maße über Exporte geschaffen werden. Außenwirtschaftlich tätige Unternehmen haben in den vergangenen Jahren zur Sicherung und zum Ausbau von Arbeitsplätzen wesentlich beigetragen.

Ziel muss daher sein, neue Märkte zu erschließen und bestehende geschäftliche Beziehungen zu festigen. Vor allem die großen asiatischen Volkswirtschaften wachsen überproportional und haben einen großen Nachholbedarf an Waren. Das schafft Marktpotenziale, die durch die weitere konsequente Internationalisierung der Wirtschaft erschlossen werden können. Aber auch die direkten europäischen Nachbarmärkte bieten erhebliche Möglichkeiten. Sie sind seit jeher die wichtigsten Handelspartner der Region.

Die Leistungsfähigkeit und Attraktivität des Westfälischen Ruhrgebiets muss international stärker herausgestellt werden. NRW steht bei Standortentscheidungen ausländischer Unternehmen hoch im Kurs. Gründe dafür sind die gute geografische Lage in der Mitte Europas mit einer hervorragenden verkehrlichen Infrastruktur sowie die engmaschige Konzentration von Unternehmen und Konsumenten. Das Land verfügt über moderne Technologien und eine eng vernetzte Wissenslandschaft, was immer mehr ins Bewusstsein ausländischer Entscheidungsträger rücken muss.

IHK-Position:

- Zahl außenwirtschaftlich tätiger Unternehmen erhöhen
- Exportquote steigern
- Bedarfsgerechte Außenwirtschaftsförderung betreiben

Bürokratie abbauen

Bei allen Gesetzesvorhaben sollte bereits in ihrer Konzeptionsphase der damit verbundene Bürokratieaufwand für die Unternehmen berücksichtigt werden. Eine systematische Messung der Bürokratiekosten auf Basis des Standardkosten-Modells kann zusätzlich helfen, besondere Belastungen der Wirtschaft zu identifizieren und schnell Abhilfe zu leisten. Dabei wird beispielsweise der für die Bearbeitung von Formularen benötigte Zeitaufwand gemessen und bewertet. Erst dadurch wird die Belastung der Wirtschaft sichtbar.

Die Unternehmen müssen früh in die Entwicklung neuer E-Government-Instrumente eingebunden werden. Gleichzeitig sollten die anvisierten Dienste klar auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet werden. Die besten Ergebnisse werden allerdings nur dann erreicht, wenn die Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen stärker zusammenarbeiten, beispielsweise bei der Umsetzung der elektronischen IHK-Lehrstellenbörse, des elektronischen IHK-Sachverständigenverzeichnisses sowie bei dem Einsatz für die IT-gestützten Gewerbeanzeigen auch in NRW.

Bestrebungen, Bürokratie abzubauen, erfüllen nicht immer ihren Zweck oder können sogar das Gegenteil bewirken, wie das Beispiel ELENA zeigt. Seit Januar 2010 müssen Unternehmen die Meldungen von Entgelt- und Beschäftigungsdaten über das elektronische Entgeltnachweis-(ELENA-)Verfahren abwickeln. Das ELENA-Verfahren sollte dabei helfen, die Kosten der Personalverwaltung signifikant zu reduzieren und die Archivierung der Bescheinigungsdaten beim Arbeitgeber überflüssig zu machen. Allerdings werden damit so viele Daten übermittelt, dass der Aufwand für Unternehmen nach wie vor erheblich ist. Solche Entwicklungen müssen korrigiert und in Zukunft vermieden werden.

IHK-Position:

- Bürokratiekosten senken, Überregulierungen vermeiden
- Zusammenarbeit der Verwaltungen optimieren
- Einsatz von E-Government verstärken und an der Wirtschaft ausrichten

Steuern und Finanzen reformieren

Die Einkommenssteuer bedarf insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommensbereichen einer Korrektur. Ab einem Einkommen von knapp 53.000 Euro jährlich zählen Unternehmer wie Arbeitnehmer zu den Besserverdienern und werden fast annähernd mit dem Spitzensteuersatz belastet. Somit tragen rund zehn Prozent der Bevölkerung zur Hälfte der gesamten Einnahmen des Staats aus der Einkommens- und Lohnsteuer bei. Weder die steuerlichen Frei- und Pauschbeträge noch die Eckpunkte des Einkommenssteuertarifs sind in der Vergangenheit an die Einkommensentwicklung angepasst worden.

Das bestehende Steuerrecht ist eine unsystematische Ansammlung von Einzelbestimmungen und folgt keinem schlüssigen Gesamtkonzept. Die Befolgung der steuerlichen Vorschriften ist nur unter Einsatz hoher Beratungs- und Bürokratiekosten möglich. Intransparenz, Widersprüchlichkeit und Verkomplizierung schaden dem Wirtschaftsstandort und führen zu einem Vertrauensverlust bei den Unternehmen. Der Wildwuchs reduzierter Mehrwertsteuersätze führt zu willkürlichen Preis- und Wettbewerbsverzerrungen. Eine Rückbesinnung auf das Ursprungslandprinzip, wenige Ausnahmen sowie perspektivisch eine Rückführung des Regelsteuersatzes im Rahmen fiskalischer Möglichkeiten sind dringend erforderlich.

Seit Jahren setzt sich die IHK-Organisation für eine Abschaffung der Gewerbesteuer ein. Die zur Stabilisierung der Gewerbesteuereinnahmen eingeführten Hinzurechnungen, wie zum Beispiel Mieten und Pachten, verschärfen die Belastungen der Unternehmen. Besser wäre daher eine konjunkturunabhängige Kommunalsteuer mit Hebesatzrecht, eine Verbreiterung der Basis durch Einbeziehung aller freien Berufe und Selbstständigen und eine höhere Beteiligung an einer stabilen Steuer wie etwa der Lohn- oder Umsatzsteuer. Eine solche Kombination würde Betrieben und Kommunen gleichermaßen helfen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand müssen reduziert und auf ein notwendiges Maß begrenzt werden. Die Staatsquote wächst inzwischen bedenklich an die Schmerzgrenze von 50 Prozent heran. Ziel muss es jedoch sein, sie unter 40 Prozent zu senken. Dabei muss die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederhergestellt werden. Das Konnexitätsprinzip muss beachtet und der Subventionsabbau fortgesetzt werden. Insbesondere ineffektive Finanzhilfen und schwer nachvollziehbare Steuervergünstigungen kosten Geld, das in einer grundlegenden Reform des bundesdeutschen Steuerrechts besser angelegt wäre. Immerhin liegt das jährliche Finanzvolumen der Subventionen nach unterschiedlichen Schätzungen bei 60 bis 140 Milliarden Euro.

Statt neuer Steuervergünstigungen sollte es niedrigere allgemeine Steuersätze geben. Gemeinden sollten zur Privatisierung verpflichtet sein, wenn Private die Leistungen gleich gut oder günstiger anbieten können. Die IHK plädiert für eine stärkere Konzentration auf die Ausgabenseite von Kommunen, Land und Bund. Eine zu einseitige Konzentration auf die Einnahmenseite wird die schwierige Haushaltssituation insbesondere der Kommunen mittel- und langfristig nicht lösen. Erst eine



Das „Dortmunder U“ gilt als eines der Wahrzeichen der Stadt.

zukunftsgerichtete Politik, die Einnahmen und Ausgaben in ein ausgewogenes Verhältnis bringt, kann wieder neues Vertrauen zwischen Bürgern, Unternehmen und Staat herstellen. Deshalb hält die IHK die Konsolidierung der Haushalte für die dringendste Aufgabe der kommenden Jahre. Die Städte und Gemeinden müssen grundsätzlich mehr Flexibilität bei der Ausgestaltung ihres finanziellen Handlungsspielraums bekommen.

IHK-Position:

- Einkommenssteuer für untere und mittlere Einkommen korrigieren
- Komplexität des Steuerrechts reduzieren
- Gewerbesteuer abschaffen, konjunktur-unabhängige Kommunalsteuer einführen
- Staatsquote unter 40 Prozent zurückfahren
- Konnexitätsprinzip beachten, Steuersystem vereinfachen

Leitprojekte bis 2013:

- Erhöhung des Kinderbetreuungs-Angebots in der Wirtschaftsregion
- Tour der erfolgreichen Industrie
- EffizienzCluster LogistikRuhr
- IHK-Außenwirtschaftstag NRW 2012 bei der IHK zu Dortmund
- Weiterentwicklung der Technologiezentren in der Region
- Initiative „Der Innovationsstandort“ als Marke etablieren
- Weiterentwicklung des KITZ Kinder Technologiezentrums
- Die neuen Hochschulen in Hamm unterstützen und weiterentwickeln
- Aufbau eines Clusters Elektromobilität für den Bereich Netze und Infrastruktur
- Weiterentwicklung eines Kompetenz- und Innovationszentrums für Elektrofahrzeuge
- Weiterentwicklung von DoMo (Dortmunder Modell Mittelstandsstipendien) und Übertragung auf andere Fachbereiche
- Aufbau von DIFE – Dortmunder Infosystem Forschung und Entwicklung
- Ausbau des Gewerbe- und Industriestandorts „Westfalahütte“
- Interkommunale Gewerbegebiete Bönen/Hamm und Dortmund/Lünen
- Herausragende Innovationen öffentlichkeitswirksam anerkennen
- Kooperation mit Hochschulen zur Beseitigung des Fachkräftemangels stärken
- Kraftwerke mit verbesserten Wirkungsgraden vorantreiben (zum Beispiel für die im Bau befindlichen Steinkohlekraftwerke in Lünen und Hamm)
- Intensivierung der Forschung in den Feldern der Energiespeicherung und des Aufbaus flexibler Stromnetze (dezentrale Stromeinspeisung)
- Vermeidung neuer Fahrverbotszonen
- Vermeidung einer City-Maut
- Bündelung der Beratungskompetenz für die gewerbliche Wirtschaft in den Bereichen Energieeffizienz, Wasser, Umwelttechnologie, Recycling, Gefahrstoffe, Verpackung, Produktions- und Logistiko Optimierung



Gestalten heißt für mich ...

... neue Ideen zu haben und Impulse zu geben. Mit kompetenten Partnern aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung werden diese zu zukunftsfähigen Projekten.

Britta Feiler, Vizepräsidentin der IHK zu Dortmund

BILDUNG SCHAFFT ZUKUNFT

Bildung ist der Schlüssel zu wirtschaftlicher Weiterentwicklung und Prosperität. Im internationalen Standortwettbewerb ist die Verfügbarkeit hoch qualifizierter Mitarbeiter ein unverzichtbarer Aktivposten. Ein hoher Bildungsstand auf allen Ebenen gehört daher zu den Kernaufgaben regionaler Entwicklung. Dies zu erreichen und auszubauen bedeutet Zukunftssicherung für die Region und die hier lebenden und arbeitenden Menschen. Das Bildungswesen ist derzeit allerdings noch nicht in der Verfassung, wie es für eine optimale Unterstützung des weiteren Strukturwandels wünschenswert wäre. Der demografische Wandel und der sich damit abzeichnende Fachkräftemangel bringen weitere Anforderungen. Verbesserungen sind in allen Bereichen des Bildungswesens notwendig.

In vorschulische Bildung investieren

Eine gute frühkindliche Bildung verbessert die Chancen auf Lernerfolg in der Schule und ist deshalb auch aus Sicht der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Trotz aller anerkannter Fortschritte wird nach wie vor zu wenig in das frühkindliche Lernen investiert und damit wichtiges Lernpotenzial dieser Altersstufe verschenkt. Der gezielten Vorbereitung besonders förderungsbedürftiger Kinder muss weiter verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Verbindlichkeit und Qualität einer als

notwendig erkannten Sprachförderung müssen – auch unter Einbezug der Elternhäuser – weiter erhöht werden. Die Grundlagen in den Bereichen Sprachfähigkeit, Lernbereitschaft und Motorik müssen bereits vor Eintritt in die Grundschule gelegt werden. Deshalb muss ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr eingeführt werden, das gebührenfrei ist.

Der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen ist allerdings ohne qualifiziertes Personal nicht zu erfüllen. Ein duales Studium, das neben der Hochschulausbildung regelmäßige Praxisphasen in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen einschließt, erscheint eine hierfür geeignete Ausbildungsform. Ständige Weiterbildung muss verbindlich vorgegeben und die finanzielle Absicherung dazu gewährleistet werden.

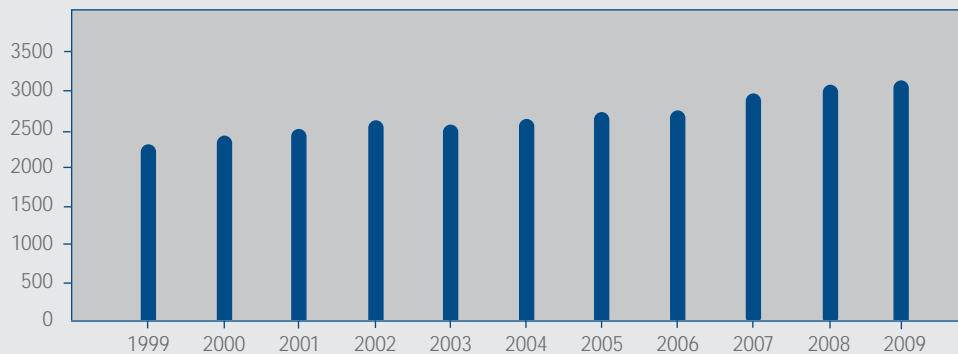
IHK-Position:

- Sprachförderung im Vorschulbereich weiter verbessern
- Verpflichtendes Kindergartenjahr einführen
- Erzieherinnen und Erzieher anforderungsgerecht qualifizieren

Schulische Bildung ausbauen

Wichtigste Aufgabe insbesondere der weiterführenden Schulen ist es, junge Menschen auf ein selbstständiges und eigenverantwortliches

Zahl der Ausbildungsbetriebe im IHK -Bezirk von 1999 bis 2009



Leben vorzubereiten. Aus Sicht der Wirtschaft gehört dazu vor allem, die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Teilnahme am Wirtschafts- und Arbeitsleben zu schaffen. Die Schule muss solide Grundlagen für darauf aufbauende berufliche Bildungs- und Hochschulstudiengänge legen. Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die allgemeinbildende Schule mit erheblichen Defiziten und mangelnder Ausbildungsreife. Das Schulsystem muss ungeachtet unterschiedlicher Schülergruppen Durchlässigkeit garantieren und bei entsprechender Leistung jeden Schulabschluss ermöglichen.

Erfolgreiches Lernen setzt ein entsprechendes Umfeld voraus. Dazu gehören intakte Schulgebäude, ein ausreichendes Raumangebot sowie eine angemessene Ausstattung mit Lernmitteln. Viele Schulen im IHK-Bezirk entsprechen diesem Anspruch nicht. Die Kommunen als Schulträger sind hier in der Verantwortung, für grundlegende Abhilfe zu sorgen. Die pädagogisch sinnvolle Einrichtung von Ganztagschulen hat in den vergangenen Jahren eine durchaus positive Entwicklung genommen. Quantitativ und qualitativ besteht hier aber noch Nachbesserungsbedarf. Die Leistungen an

Schulen transparenter zu machen, kann die Qualität schulischer Arbeit nachhaltig verbessern. Schulen müssen stärker in den Wettbewerb gestellt werden; dies muss mit größerer Eigenverantwortung einhergehen.

Mathematische, technische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Schulabgängern sind für die Fachkräftesicherung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Leider wissen Schulabgänger zu wenig über Grundzusammenhänge der Wirtschaft. Ökonomisches Wissen muss verstärkt im Unterricht vermittelt werden. Aspekte der Berufsorientierung und Wirtschaftswissen sollten als verpflichtender Bestandteil Eingang in die Lehrerausbildung finden. Lehrer müssen sich auf ihre ureigenen Aufgaben statt auf Verwaltungsaufgaben konzentrieren können.

Die Förderung lernschwächerer Schüler und die Integration von Schülern mit Migrationshintergrund kommen in Schulen vielfach zu kurz. Hierzu sind auch die Mitwirkung der Elternhäuser und der Aufbau verpflichtender Beratungsstrukturen erforderlich. Die Vielfalt der Angebote im Übergang von der Schule in den

Beruf bedarf größerer Transparenz und Abstimmung, aber auch verlässlicher Finanzierungsstrukturen. Eine kommunale Koordinierung in Form eines regionalen Übergangsmanagements kann hier zu mehr Effizienz führen.

IHK-Position:

- Qualität und Durchlässigkeit des Schulsystems in den Vordergrund stellen
- Sanierungsstau im Schulbereich beseitigen
- Schulische Ganztagsangebote absichern
- Transparenz der Leistungen an Schulen verbessern
- Schulen in Wettbewerb stellen
- Mathematische und technische Kompetenzen stärken
- Wirtschaftswissen von Schülern und Lehrern verbessern
- Pädagogische Ressourcen an Schulen voll nutzen
- Lernschwächere fördern – Migranten integrieren
- Übergang Schule/Beruf besser flankieren

Berufsausbildung stärken

Die betriebliche Berufsausbildung im dualen System ist ein weltweit einzigartiges und erfolgreiches System der Nachwuchsgewinnung auf der Fachkräfteebene. Die unmittelbare Zuständigkeit der Wirtschaft für die Berufsausbildung ist ein Standortvorteil Deutschlands. Allerdings ist dies auch mit besonderer Verantwortung verbunden. Die IHK wird auch weiterhin aktiv um zusätzliche Ausbildungsbetriebe und Ausbildungsplätze werben. Besondere Bedeutung haben dabei auch Unterstützungsangebote der IHK für ausbildende Unternehmen wie das passgenaue Matching zwischen Angebot und Nachfrage, die Durchführung

von Berufseingangstests oder die Begleitung der Ausbildung in der Startphase.

Die demografische Entwicklung wird die Verhältnisse auf dem Ausbildungsmarkt verändern. Die Zahl der Schulabgänger im IHK-Bezirk wird bis zum Jahr 2019 um 13 Prozent abnehmen. Diese Entwicklung führt zu einem wachsenden Wettbewerb um gut qualifizierte Schulabgänger. Die betriebliche Berufsausbildung muss hierfür durch noch höhere Attraktivität gerüstet werden. Mehr als bisher muss das Augenmerk auf Jugendliche gerichtet werden, die nicht in eine reguläre Berufsausbildung finden. Dazu gehört besonders auch die bessere Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Das praxisnahe Prüfungswesen der IHK-Organisation muss erhalten und weiterentwickelt werden.

Eine fundierte Berufsausbildung kann den Grundstein für die Karriere legen.





Manchmal muss es schnell gehen. Eine gute Ausbildung ist der beste Start in das Berufsleben.

IHK-Position:

- Verantwortung der Wirtschaft für die Berufsausbildung wahrnehmen
- Berufsbildungssystem auf demografischen Wandel vorbereiten
- Integration leistungsschwächerer Jugendlicher in Ausbildung verbessern
- IHK-Prüfungen erhalten und weiterentwickeln

Berufliche Weiterbildung unterstützen

Die Internationalisierung der Wirtschaft, der fortschreitende Strukturwandel und der technische Fortschritt stellen ständig neue Anforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. Lebensbegleitende Weiterbildung ist daher für eine dauerhaft erfolgreiche Teilnahme am Wirtschaftsleben unerlässlich. Im internationalen Standortwettbewerb kann die regionale Wirtschaft nur bestehen, wenn ihre Mitarbeiter

stets auf der Höhe der Anforderungen qualifiziert sind. Sie benötigt hierfür eine vielseitige, freie und flexible Weiterbildungslandschaft. Insbesondere bildungsferne Schichten können über öffentliche Finanzierungselemente verstärkt für eine Weiterbildung gewonnen werden.

Die künftig noch wachsende Bedeutung der beruflichen Weiterbildung erfordert ein Angebot, das eine vielfältige differenzierte Nachfrage befriedigen kann. Die notwendige Vielfalt des Weiterbildungsangebots erschwert den Kunden allerdings den Überblick und birgt die Gefahr von Fehlinvestitionen. Dem muss durch qualifizierte Beratung anbieterneutraler Einrichtungen begegnet werden. Die hierfür in Dortmund, in Hamm und im Kreis Unna vorhandene Struktur gemeinsam von Trägern und öffentlicher Hand getragener Beratungsstellen hat sich grundsätzlich bewährt. Sie muss erhalten und weiterentwickelt werden.

Den Beschäftigten ist sehr wohl bewusst, dass kontinuierliche Weiterbildung notwendig ist. Die tatsächliche Weiterbildungsbeteiligung

bleibt jedoch dahinter zurück. In einer konzentrierten Aktion aller Beteiligten – Unternehmen, Weiterbildungsträger und Politik – muss dies geändert werden. Bei der anforderungsgerechten Weiterentwicklung ihres Weiterbildungsangebots ist die IHK offen für zweckmäßige Kooperationen mit anderen Bildungsträgern.

Übergänge und Anschlussmöglichkeiten zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen erleichtert werden. Die Möglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen zur Gewinnung akademischen Nachwuchses müssen – auch durch entsprechende Gestaltung von Kontaktbörsen – verbessert werden.

IHK-Position:

- Vielseitige und freie Weiterbildungslandschaft erhalten
- Transparenz des Weiterbildungsangebots weiter erhöhen
- Weiterbildungsbeteiligung erhöhen
- IHK-Weiterbildung durch anforderungsgerechte Angebote stärken

IHK-Position:

- Hochschulfreiheit verantwortungsvoll nutzen
- Hochschulprofile regional schärfen und transparenter darstellen
- Transparenz der Hochschulabschlüsse erhöhen
- Berufliches und hochschulisches Bildungssystem besser verzahnen

Hochschulbildung als Impulsgeber nutzen

Ein zunehmender Anteil von Aufgaben in der Wirtschaft braucht wissenschaftlich qualifizierte Beschäftigte. Die Sicherung akademischen Nachwuchses ist damit eine vorrangige Aufgabe in der Bildungs- wie der Wirtschaftspolitik. Das Westfälische Ruhrgebiet hat mit seinen staatlichen und privaten Hochschulen sowie zahlreichen außeruniversitären wissenschaftlichen Instituten gute Voraussetzungen, diese Herausforderungen zu meistern. Hochschulen und Absolventen können der Region wichtige Impulse geben. Notwendig ist eine ständige Überprüfung und Nachsteuerung zur bestmöglichen Abstimmung der regionalen Hochschulpotenziale in Forschung und Lehre mit den Anforderungen der regionalen Wirtschaft. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit und weitere Qualitätssicherung des Lehrangebots sind notwendig. Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen

Leitprojekte bis 2013:

- Einführung eines verpflichtenden Kindergartenjahres
- Stärkung des naturwissenschaftlich-technischen Unterrichts an Schulen
- Einbezug von Berufsorientierung und Wirtschaft in die Lehrerbildung
- Vermittlung von Wirtschaftswissen an Schüler durch Unternehmen
- Vergabe eines IHK-Schulpreises „Wirtschaftswissen“
- Aufbau und Unterstützung eines Schulleitungs-Coachings
- Aufbau weiterer Partnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen
- Erstellung eines Praktikumsleitfadens zur Unterstützung von Unternehmen
- Fortsetzung der Aktivitäten um einen ausgeglichenen Ausbildungsmarkt
- Verbesserung des Zugangs von Migranten zur betrieblichen Ausbildung
- Einrichtung weiterer dualer Studiengänge



Gestalten heißt für mich ...

... in den unterschiedlichsten Bereichen wie Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur neue Vorstellungen zu entwickeln. Auf diese Weise werden Menschen für Veränderungen begeistert.

Dr. Albrecht Knauf, Vizepräsident der IHK zu Dortmund

INFRASTRUKTUR UND FLÄCHEN – FAKTOREN WIRTSCHAFTLICHER DYNAMIK

Damit Wirtschaft wachsen kann, muss sie sich räumlich entfalten und auf eine gute Infrastruktur zurückgreifen können. Für die Ansiedlung und die Expansion von Unternehmen müssen genügend Flächen zur Verfügung stehen. Lieferanten, Kunden und Mitarbeiter sollten auf möglichst vielen Verkehrswegen die Betriebsstätten, Lager und Zentralen erreichen können – auf der Straße, auf der Schiene, zu Wasser und in der Luft.

Moderne Flächen für leistungsfähige Unternehmen bereitstellen

Ein ausreichendes Flächenangebot ist ein wesentliches Instrument erfolgreicher kommunaler Wirtschaftsförderung. Der derzeit rechtskräftige Gebietsentwicklungsplan weist in der Regel den Kommunen ein ausreichendes Entwicklungspotenzial zu. In der Praxis können aber nicht alle Flächen in vollem Umfang genutzt werden. Häufig stehen Widerstände von Bürgerinitiativen, ungeklärte Eigentumsverhältnisse oder fehlende Erschließung dem entgegen. Industriegebiete müssen jedoch entwicklungsfähig bleiben. Um auch künftig handlungsfähig bleiben zu können, wird eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Planungsträgern in der Region notwendig sein.

Städte und Kreise müssen bei der Flächenentwicklung und Vermarktung intensiver zusammenarbeiten. Dabei ist es unerlässlich, dass alle Gewerbegebiete mit Hochgeschwindigkeitsanschlüssen für das Internet versorgt werden. Insbesondere im Kreis Unna ist dies bisher noch nicht gewährleistet.

IHK Position:

- Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeflächen verbessern
- Planung auf Gewerbe- und Industrieverträglichkeit überprüfen
- Optimale Versorgung aller Unternehmen mit der Breitbandtechnologie zur Umsetzung schneller Internetanschlüsse realisieren

Verkehrsinfrastruktur weiterentwickeln

Mobilität erfordert eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur: Straßen, Schienenwege, Bahnhöfe, Wasserstraßen, Häfen und Flughäfen. Trotz eines guten Zustands der Infrastruktur im Westfälischen Ruhrgebiet gibt es an vielen Stellen Engpässe. Aus Sicht der Wirtschaft müssen für alle Verkehrsträger die überregional bedeutsamen Engpässe so schnell wie möglich beseitigt werden. Ebenso muss eine ausreichende Finanzierung für den Substanzerhalt und die gezielte Ertüchtigung sichergestellt werden, um die gesamte Infrastruktur den mo-

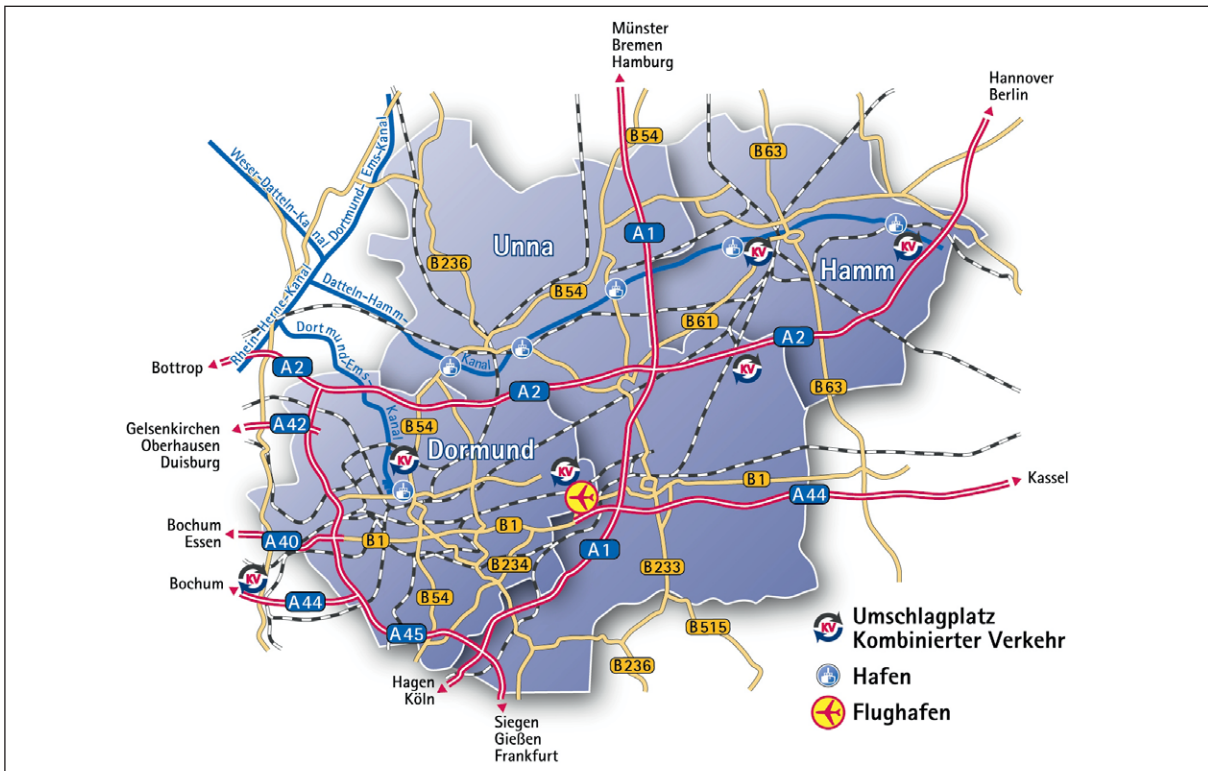
deren Mobilitätsanforderungen anzupassen. Hierzu ist dringend eine Beschleunigung im Planungsverfahren erforderlich, um somit schneller auf die Bedürfnisse der Unternehmen reagieren zu können.

Straßeninfrastruktur konsequent ausbauen

Die Region ist mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) gut vertreten. Allerdings kann das Bautempo nicht mit den steigenden Verkehrsmengen Schritt halten. Die Verkehrsprognosen des laufenden BVWP sind bereits heute erreicht. Auch in den nächsten 15 Jahren wird die Schere weiter auseinanderklaffen. Überregionale Engpässe müssen beseitigt und Lücken geschlossen werden. Dazu gehören der sechsspurige Ausbau der A 40 und auch der

Bau des B-1-Tunnels, der Neubau der A 445 zwischen Hamm-Rhynern (A 2) sowie der Anschluss der B 236 an die A 1. Ebenso sollte ein Sonderprogramm „Engpassbeseitigung Bundesfernstraßen“ eingeführt werden. Es gibt viele Projekte, die seit Jahren auf ihre Verwirklichung warten. Hier muss das Tempo deutlich erhöht werden.

Es ist notwendig, die Verkehrsfinanzierung vom allgemeinen Haushalt zu entkoppeln, damit sich nicht andere Ressorts aus den vom Verkehr verdienten Geldern bedienen können. Darüber hinaus müssen Erschließung und Erreichbarkeit für den Güterverkehr in Industrie- und Gewerbegebieten sichergestellt und die Bedürfnisse der Wirtschaft bei Einführung von Umweltauflagen berücksichtigt werden. Es ist notwendig, Alternativkonzepte zu Fahrverboten zu entwickeln und die Akzeptanz für Wirtschaftsverkehre langfristig zu erhöhen.



Im Westfälisches Ruhrgebiet laufen wichtige Verkehrsadern zusammen.

IHK-Position:

- Überregionale Engpässe beseitigen und Lückenschlüsse vorantreiben
- Verkehrsprojekte nach tatsächlichem Bedarf auswählen
- Erreichbarkeit der Unternehmen in den Gewerbegebieten sicherstellen
- Umweltauflagen mobilitätsfreundlich gestalten

chen Bedürfnisse des Personen- und des Güterverkehrs auf der Ost-West-Achse durch das Ruhrgebiet gebündelt werden. Ein wichtiger Meilenstein wäre aus Sicht der IHK der sofortige zweigleisige Ausbau der Strecke zwischen Lünen und Münster zur Beseitigung des Trassenengpasses. Die Vergabe der Strecken an Betreiber sollte nur über Ausschreibungen erfolgen, die wiederum unternehmerischen Gestaltungsspielraum zulassen.

Schieneinfrastruktur modernisieren

In den nächsten 15 Jahren werden die Gütermengen im Seehafenhinterlandverkehr um mehr als 80 Prozent steigen. Die Schiene steht aber nur begrenzt als Alternative zur Straße zur Verfügung. Trassenengpässe wirken sich bereits heute negativ auf Güter- und Personenverkehr aus. Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger ist nicht ausreichend.

IHK-Position:

- Gesamtkonzept für Personen- und Güterverkehr entwickeln
- Trassenengpässe zwischen Lünen und Münster beseitigen
- Wettbewerb im Schienenpersonen-nahverkehr fördern

Die international wichtige Ost-West-Achse braucht ein Gesamtkonzept für Fern-, Nah- und Güterverkehr. Eine wichtige Funktion übernimmt hierbei beispielsweise die Mitte-Deutschland-Verbindung (MDV) mit ihrem Kernstück, der Schienenschnellstrecke Dortmund-Kassel. Hier müssen sowohl die Trassenengpässe als auch die Bedienkonzepte der Zukunft für den Personen- und Güterverkehr in Einklang gebracht werden. Im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) können sich zunehmend private Anbieter wie die „eurobahn“ mit Sitz in Hamm durchsetzen. Durch verstärkten Wettbewerb steigen Qualität und Service. Daher ist auf eine weitere Förderung des Wettbewerbs durch konsequente Ausschreibung und eine enge Vertaktung der verschiedenen Angebote zu achten.

Binnenschifffahrt stärken

Die Binnenschifffahrt gehört zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern. Mit den Häfen in Dortmund sowie Lünen und Hamm hat die Region leistungsfähige Umschlagplätze mit direktem Zugang zur Nordsee sowie über den Rhein zu den europäischen Seehäfen Rotterdam und Antwerpen. Dieses Potenzial muss in Zukunft stärker genutzt werden. Die Kanalerweiterung auf dem Datteln-Hamm-Kanal sowie die Anhebung der Kanalbrücken und die Beseitigung der Engpässe durch die Kanalbreite und die Schleusenlängen sind dazu zwingend erforderlich. Nur so kann die gute Anbindung an die europäischen Seehäfen beispielsweise für das rasante Wachstum im internationalen Containertransport genutzt werden. Synergieeffekte zwischen den Häfen Duisburg und Dortmund müssen auch in Zukunft gesichert bleiben.

Unter einem neuen Gesamtkonzept mit dem Titel „Eiserne Ruhr“ müssen die unterschiedli-

Für den Gütertransport mit dem Binnenschiff werden geeignete Umschlagflächen in Häfen und an Kanälen benötigt. Solche Flächen müssen für den „nassen“ Umschlag gesichert und die Anhebung aller Kanalbrücken für den zweilagigen Containertransport beschleunigt werden. Erst dann ist das Kanalnetz für den internationalen Containertransport nutzbar. Häfen müssen Industriegebiete bleiben, wenn sie ihre Aufgabe als Güterverteilzentren und unmittelbare Produktionsstandorte auch in Zukunft wahrnehmen sollen.

IHK-Position:

- Hafenstandorte als Industriegebiete sichern
- Flächen für den „nassen“ Umschlag erhalten
- Brückenanhebungen beschleunigen
- Engpässe auf dem Datteln-Hamm-Kanal beseitigen



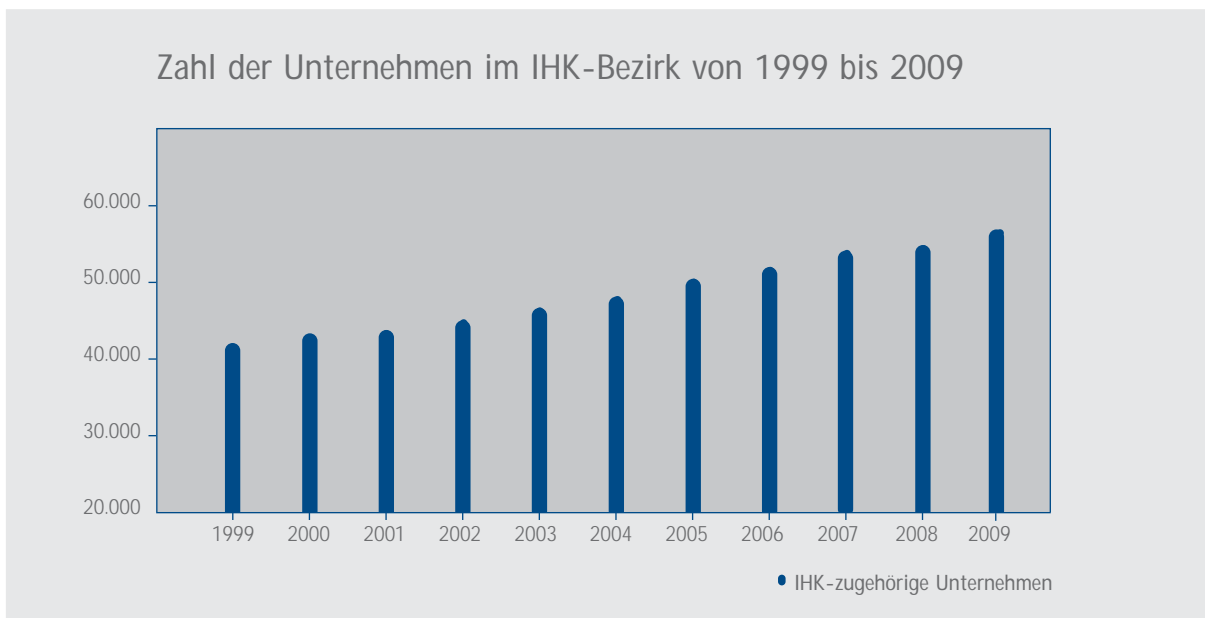
Das Gewerbegebiet Kupferstraße in Lünen. Die Region braucht mehr davon.

ÖPNV an Bedürfnisse der Wirtschaft anpassen

Für den täglichen Berufsverkehr ist ein leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) unverzichtbar. Auf den Hauptachsen des Ruhrgebiets wird der geplante Regionalzug Rhein-Ruhr-Express (RRX) das ohnehin gute Angebot noch einmal verbessern. Allerdings müssen auch dezentrale Gewerbegebiete gut erreichbar sein – immer unter Abwägung zwischen Qualität und Schnelligkeit einerseits und den Kosten des Angebots andererseits. Der RRX sollte so schnell wie möglich eingeführt werden. Allerdings ist eine Grundsatzdiskussion an Rhein und Ruhr notwendig: Wie viel ÖPNV ist erforderlich und bezahlbar? Eine Harmonisierung zwischen den Betreibergesellschaften in Bezug auf Technik, Organisation und Tarife würde Transparenz und Kundennähe erhöhen.

Dabei muss auch über verstärkte Einbeziehung der Wirtschaft im Rahmen einer Public Private Partnership nachgedacht werden. Ziel ist die Öffnung des ÖPNV für den Wettbewerb.

Die Versorgung und Anbindung von Gewerbestandorten muss verbessert, die Position der Haltestellen überprüft und die Bedienzeiten mit den Arbeitszeiten vertaktet werden. Die Anbindung in räumlichen und zeitlichen Randlagen sollte durch die Integration von Taxen in den ÖPNV verbessert und die kommunale Mobilitätsberatung an die Bedürfnisse von Unternehmen angepasst werden. Dazu gehören neben dem ÖPNV auch die Bereiche Fahrgemeinschaften und Parkraumbewirtschaftung. Nur durch eine angebotsorientierte



Bedienung neuer Gewerbegebiete können die Potenziale des ÖPNV ausgeschöpft werden.

IHK-Position:

- ÖPNV-Märkte für den Wettbewerb weiter öffnen
- Versorgung von Gewerbebeständen verbessern
- Randlagen mit Taxen in den ÖPNV einbinden
- Kommunale Mobilitätsberatung anpassen
- Neue Gewerbegebiete rechtzeitig anbinden

Rahmenbedingungen für Luftverkehr verbessern

Nordrhein-Westfalen bietet eine nur unzureichende interkontinentale Anbindung über die Rheinflughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn. Dortmund profitiert gegenüber Münster/Osna-

brück und Paderborn/Lippstadt von seiner zentralen Lage. Dadurch konnte Dortmund vor 2009 ein überproportionales Wachstum verzeichnen. Der Flughafen Dortmund ist ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor für die Region – ein wichtiger Teil der Infrastruktur, der Arbeitsplätze für die gesamte Region schafft. Die Wertschöpfungseffekte des Flughafens für die gesamte Region (50 km Umkreis) liegen bei über 200 Millionen Euro im Jahr. Allerdings hat der drittgrößte Flughafen in NRW derzeit die schlechtesten Rahmenbedingungen. Die Betriebszeiten sind für die Fluggesellschaften unzureichend.

Die Wirtschaft fordert für den Dortmund Airport Direktverbindungen innerhalb Europas und eine Anbindung an die interkontinentalen Drehkreuze wie etwa Frankfurt, München, Paris und Amsterdam. Angebot und Qualität wirtschaftsrelevanter Flugverbindungen müssen verbessert und ausgeweitet werden. Wie jedes andere Unternehmen auch muss der Flughafen wettbewerbsfähig bleiben. Um wirtschaftlich stärker zu sein, müssen zumindest gleichwertige

Bedingungen wie an anderen Flughäfen bestehen und die Betriebszeiten den Anforderungen angepasst werden. Weiterhin erforderlich sind auch entsprechende Investitionen in die technische Infrastruktur, sodass geeignete Maschinen starten und landen können.

Die Weiterentwicklung des Dortmund Airport muss ohne Verzögerung vorangetrieben werden. Dabei muss sich der Flughafen stärker auf die Wirtschaftlichkeit konzentrieren. Die Erweiterung der Betriebszeiten genießt oberste Priorität. Ein schneller Einstieg in die Planfeststellung sichert Handlungsspielräume für die Zukunft. Dabei darf die Bewertung der Infrastrukturmaßnahmen nicht allein nach Kostengesichtspunkten geschehen. Auch eine Straße oder ein Autobahnkreuz bindet finanzielle Mittel. Vielmehr müssen die Entwicklung der Luftverkehrswirtschaft und die Bedürfnisse der Unternehmen in das Gesamtkonzept einbezogen werden.

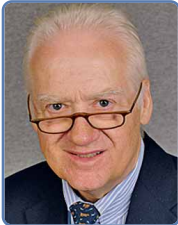
Das dezentrale Luftverkehrskonzept der nordrhein-westfälischen Landesregierung muss weiterentwickelt werden. Die derzeitige Einstufung Dortmunds lediglich als Regionalflughafen ist angesichts der starken Entwicklung der vergangenen Jahre nicht mehr gerechtfertigt. Im Rahmen der Fortschreibung sollte die überregionale Bedeutung Dortmunds für das gesamte Ruhrgebiet berücksichtigt werden.

IHK-Position:

- Betriebszeiten des Dortmund Airport erweitern
- Anbindung an nationale und internationale Wirtschaftsräume verbessern
- Bedeutung des Standorts Dortmund im Luftverkehrskonzept stärken
- Planfeststellungsverfahren zügig einleiten
- Wirtschaftlichkeit des Flughafens optimieren

Der Dortmund Airport ist die Startbahn Ruhrgebiet.





Gestalten heißt für mich ...

... Freiräume zu erkennen und durch Querdenken innovative Entwicklungsprozesse anzustoßen. Und jeder Gedanke inspiriert zu neuer Zellteilung.

Gerhard Rüschenbeck, Vizepräsident der IHK zu Dortmund

HANDEL, KULTUR UND KREATIVITÄT: IMPULSE FÜR EINE ATTRAKTIVE REGION

Die Zukunftschancen der Region Westfälisches Ruhrgebiet werden zunehmend von der urbanen Attraktivität ihrer zwölf Städte und Gemeinden bestimmt. Im Übergang von der Industriegesellschaft zu einer wissens- und kulturbasierten Dienstleistungsökonomie wird Wissen zur wichtigsten Ressource für die Zukunft der Städte. Das bringt besonders hohe Anforderungen an weiche Standortqualitäten wie Kultur, Toleranz, Freizeit, Stadtbild, Freiräume und Umwelt mit sich. Gerade die besonders dynamisch wachsenden Dienstleistungsbetriebe suchen urbane Milieus. Diese Unternehmen brauchen ein weltoffenes Klima, begleitet von regionaler und internationaler Vernetzung. Sie bevorzugen städtische Atmosphäre mit einem quartiersbezogenen Lebensstil.

Der Großhandel hat in der Region einen bedeutenden gesamtwirtschaftlichen Stellenwert. Gerade in einem der größten Absatzmärkte Europas und einer ausgewiesenen Logistikregion finden Großhandelsunternehmen optimale Rahmenbedingungen vor. Deshalb trägt diese Branche entscheidend zur Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Westfälisches Ruhrgebiet bei. Herausragende Bedeutung hat ein vielfältiges Einzelhandelsangebot in attraktiv gestalteten Zentren, begleitet von einem differenzierten Angebot an Kultur mit hervorstechen-

den Glanzlichtern. Die Kreativität der Bürger und Unternehmen spielt daher eine wichtige Rolle. In den vergangenen vier Jahren haben die Städte und Gemeinden im Westfälischen Ruhrgebiet ihre Attraktivität und Lebensqualität durch vielfältige Initiativen, Investitionen und Projekte nachhaltig steigern können. Die regionale Kooperation und Abstimmung ist enger und besser geworden. Das Oberzentrum Dortmund, das Mittelzentrum Hamm sowie die umliegenden Mittel- und Grundzentren sind auf das Engste miteinander verflochten. Die Städte und Gemeinden haben bei allem Wettbewerb untereinander erkannt, dass ihre gemeinsame Zukunft in der Stadtregion liegt.

Funktionsfähige Zentren erhalten und sichern

Nach wie vor haben attraktive Innenstädte, lebenswerte Stadtteilzentren und intakte Ortskerne eine besondere Bedeutung für die Entwicklung der zwölf Städte und Gemeinden im Westfälischen Ruhrgebiet. Die Zentren müssen sich im Zuge des sozialen, wirtschaftlichen, technischen und demografischen Wandels immer wieder neu an veränderte Bedingungen und Anforderungen anpassen. Neben dem ökonomischen Strukturwandel prägt insbesondere der demografische Wandel die Entwicklungschancen der Region.

Das Durchschnittsalter der Menschen im Ruhrgebiet ist signifikant höher als im Bundesdurchschnitt. Deshalb ergibt sich auch für das

Westfälische Ruhrgebiet die Chance, als Vorreiter zu agieren. Diese Herausforderungen können jedoch nur in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext gelöst werden. Die regionale Unternehmerschaft übernimmt hierbei eine wichtige Schlüsselfunktion. Als ein anschauliches Beispiel dafür gilt das GenerationenCenter in Dortmund. Dort haben sich mehr als 30 Unternehmen genossenschaftlich organisiert und vertreiben ihre Dienstleistungen und Produkte unter dieser gemeinsamen Dachmarke. Es ist daran gedacht, das GenerationenCenter auch an anderen Standorten im IHK-Bezirk aufzubauen. Die IHK möchte immer dann aktiv werden, wenn der demografische Wandel die unternehmerischen Rahmenbedingungen in der Region direkt berührt.

Die IHK zu Dortmund setzt auf eine integrierte Zentrenentwicklung, die zu einer kompakten, gemischten Stadt beiträgt und der Leitmaxime

der nachhaltigen Stadtentwicklung verpflichtet ist. In der Nutzungsvielfalt und -mischung liegt die besondere Stärke der Zentren. Der Rückgang inhabergeführter und kleinteiliger Fachgeschäfte, die zunehmende Filialisierung, die Banalisierung des Warenangebots sowie Ladenleerstände bedrohen die Funktionsfähigkeit von Geschäftslagen in den Städten.

IHK-Position:

- Strategie der Zentrenstärkung fortsetzen
- Wohnen in der Innenstadt sichern und ausbauen
- Einzelhandel in der Innenstadt stärken
- Wirtschafts- und Einkaufsverkehr organisieren
- Äußeres Erscheinungsbild der Städte verbessern
- Weiche Standortfaktoren aufwerten

Der Phoenix-See wenige Wochen vor seiner Flutung aus der Vogelperspektive.



Gefährdungen für Zentren abwehren

Eine wesentliche Voraussetzung für die positive, die Zentren stärkende Entwicklung in den Städten und Gemeinden des Westfälischen Ruhrgebiets war und ist das „Regionale Einzelhandelskonzept Östliches Ruhrgebiet und angrenzende Bereiche“. Ziel dieser freiwilligen Kooperationsinitiative ist ein regional abgestimmtes Vorgehen bei der Ansiedlung großflächiger Einzelhandelsprojekte. Mit dem Konzept soll großflächiger, nicht integrierter Einzelhandel auf der „Grünen Wiese“ eingedämmt werden, damit dem Einzelhandel in den zentralen Geschäftslagen nicht Umsatz entzogen wird. Das Regionale Einzelhandelskonzept hat entscheidend dazu beigetragen, dass Handelsinvestitionen im Westfälischen Ruhrgebiet und den Nachbarregionen an den richtigen Standorten in den zentralen Versorgungsbereichen erfolgt sind. Die IHK steht nachdrücklich hinter diesem Konzept.

Die kommunalen Einzelhandels- und Zentrenkonzepte ergänzen und konkretisieren das Regionale Einzelhandelskonzept und setzen seine Vereinbarungen auf der Ebene der Städte und Gemeinden in die Praxis um. Die neue Landesregierung muss zügig eine Nachfolgeregelung erarbeiten für den vor dem Bundesverwaltungsgericht gescheiterten § 24 a Landesentwicklungsprogramm NRW (LEPro). Dieser Paragraph ist von besonderer Bedeutung, weil er das zentrale landesplanerische Steuerungsinstrument für Ansiedlungen des großflächigen Einzelhandels darstellt.

IHK-Position:

- Regionales Einzelhandelskonzept fortsetzen
- Kommunale Einzelhandelskonzepte konsequent umsetzen
- Nachfolgeregelung für § 24 a LEPro zügig beschließen



Die Sonderbriefmarke der Deutschen Post zur Kulturhauptstadt Europas Ruhr.2010

Stadtmarketingkonzepte wiederbeleben

Weniger Kunden und damit weniger Kaufkraft sind konkrete Auswirkungen des demografischen Wandels für den Einzelhandel. Stadtmarketingkonzepte werden daher an Bedeutung zunehmen. Dabei handelt es sich nicht nur um eine möglichst professionelle Vermarktung der Region, sondern um einen ganzheitlichen Auftritt der Städte und Gemeinden als Standorte für Einzelhandel, Arbeit und Wohnen. Die IHK regt an, die Stadtmarketingkonzepte zu überarbeiten, zu aktualisieren und zu reaktivieren. Einzelprojekte müssen in eine schlüssige gesamtstädtische Entwicklungsstrategie eingebettet werden. Dabei müssen sowohl ortsspezifische Besonderheiten als auch regionale Zusammenhänge beachtet werden.

IHK-Position:

- Einzelmaßnahmen und -projekte in ein Gesamtkonzept integrieren
- Ortspezifische Lösungen finden
- Regionale Zusammenhänge beachten



ECE baut in Dortmund das größte Einkaufszentrum der Region.

Gewerbliche Leerstände in den Zentren reduzieren

Zunehmende Leerstände, die sinkende Qualität der Immobilien sowie die Uniformität der Stadtzentren bedrohen die Attraktivität der zentralen Handelsstandorte. Leerstände beeinträchtigen die Außendarstellung, die Passantenfrequenz und die Kundenbindung. Oft ergeben sich negative Kopplungseffekte mit Auswirkungen auf die umliegenden Ladenlokale. Weitere Ladenleerstände sind dann die Folge. Nur durch ein gezieltes Quartiersmanagement kann auf die spezifische Situation an den verschiedenen Standorten eingegangen werden. Die IHK wird ihren Newsletter für Werbegemeinschaften sowie den jährlichen Erfahrungsaustausch der Werbegemeinschaften und Stadtmarketingorganisationen fortsetzen.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Nebengeschäftslagen. Sie bieten aufgrund ihres vergleichsweise günstigen Mietniveaus die Chance, einen attraktiven und individuellen

Branchenmix aus Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und weiteren Dienstleistungen mit jungen, „szenigen“ Konzepten zu entwickeln. Die IHK wird Nebengeschäftslagen identifizieren, die sich für eine Qualifizierung eignen, um jungen Unternehmen eine attraktive Standortplattform zu bieten.

IHK-Position:

- Ladenleerstandsmanagement ausbauen
- Quartiersmanagement organisieren
- Werbe- und Interessengemeinschaften unterstützen
- Nebengeschäftslagen qualifizieren

Schwung aus dem Kulturhauptstadtjahr mitnehmen

Für die Attraktivität einer Region als Arbeits- und Wohnstandort spielen zunehmend Kultur und Kreativität eine entscheidende Rolle. Sie

entscheiden mit über das Image und die Zukunftsfähigkeit von Regionen. Der Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte und Talente hat bereits begonnen und wird sich angesichts der demografischen Entwicklung weiter verschärfen. Regionen mit einem attraktiven Kulturangebot und besonderen kreativen Milieus ziehen qualifizierte Arbeitskräfte und Kreative im besonderen Maße an. Noch gelten Kultur und Kreativität als weiche Standortfaktoren. Sie erhalten jedoch immer stärker eine wahrnehmbare Rolle im harten Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte.

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft gewinnt die Ressource Kreativität immer mehr an Bedeutung. Unter Kreativität wird dabei die Fähigkeit verstanden, neues Wissen zu erzeugen oder vorhandenes Wissen erfolgreich umzusetzen. Die zahlreichen Initiativen in der Region wie beispielsweise „Pro Lünen e. V.“ müssen gebündelt und in Austausch gebracht werden. Hierbei kann ein „Kreativwirtschafts-Scout“ helfen. Er kann auch dazu beitragen, die noch unstrukturierten und etwas konturlosen Ansätze der Kreativwirtschaft im Westfälischen Ruhrgebiet zu identifizieren und für eine IHK-Initiative aufzubereiten.

Alle Städte und Kommunen des Bezirks der IHK zu Dortmund sind Teil des Kulturhauptstadtjahres Ruhr.2010. Das kulturelle Angebot dieses Jahres ist eine hervorragende Grundlage, Aktivitäten in den verschiedensten Bereichen beizubehalten oder sogar auszubauen. Es muss vor allem darum gehen, kulturelle Glanzlichter zu entwickeln und dabei Kultur und Tourismus miteinander zu verzahnen. Beide dürfen nicht als Konkurrenten, sondern sollten vielmehr als Zugpferd für die Region gesehen werden. Der durch das Kulturhauptstadtjahr gewonnene Image-Effekt muss genutzt werden, um die lebenswerte Region einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren.

Zu einem erweiterten Kulturbegriff gehören selbstverständlich auch der Sport und die Freizeitgestaltung als elementare Bestandteile der Alltagskultur. So ertüchtigen sich rund 300.000 Bürger im IHK-Bezirk in 800 Vereinen in mehr als 40 Sportarten. Der Signal Iduna Park in Dortmund ist das größte deutsche Fußballstadion, in acht Olympiastützpunkten werden in den verschiedensten Sportarten Spitzensportler aus ganz Deutschland ausgebildet. Sport ist heute auch ein Wirtschaftsfaktor. Ziel muss sein, diese breite Palette an Angeboten zu erhalten und auszubauen, um zu mehr Wertschöpfung und damit einhergehend zu mehr Arbeitsplätzen zu kommen.

IHK-Position:

- Kulturelle Attraktivität trotz knapper Kassen erhalten
- Schwung aus dem Kulturhauptstadtjahr mitnehmen
- Imagegewinn ausbauen
- Kultur und Tourismusangebot enger verzahnen
- Sport- und Freizeitangebot erhalten und ausbauen
- Kreativwirtschaft unterstützen und regionale Ansätze identifizieren

Leitprojekte bis 2013

- Regionales Einzelhandelskonzept fortsetzen und rechtssicher gestalten
- Kommunale Einzelhandelskonzepte fortschreiben und konsequent umsetzen
- Stadtmarketing-Ansätze wiederbeleben
- City-Marketing ausbauen
- Ladenleerstandsmanagement ausbauen und Quartiersmanagement organisieren
- Nebengeschäftslagen qualifizieren
- Kommunale Schwerpunkte in der Kultur setzen
- „Kreativwirtschafts-Scout“ einsetzen

STÄDTEBAULICHE PROJEKTE NACH KOMMUNEN

Kommune	Erläuterung
Bergkamen	<p>Wasserstadt Aden Berghalde Großes Holz / Kanalband; 2. Bauabschnitt Archäologischer Park Römerlager Oberaden Logistikpark A 2 Westfälisches Sportbootzentrum Entwicklung Marina Nord</p>
Bönen	<p>Umgestaltung Bahnhofsumfeld/Bahnhofsvorplatz Rückbau Bahnhofstraße Reaktivierung Zechenstandort Königsborn III/IV</p>
Dortmund	<p>Zukunftsstandort PHOENIX West – Ergänzung – Begegnungszentrum Deusen Kokerei Hansa in Huckarde Werkhof Direktionsgebäude Gneisenau Rheinische Straße, Stadtumbau West <ul style="list-style-type: none"> • Rheinische Straße, „Dortmunder U“-Turm Dortmunder Nordstadt, soziale Stadt <ul style="list-style-type: none"> • Stadtumbau West, Kielstraße • Tafelhaus • Elterncafés und Schülerklubs • Bilderflut Stadterneuerung City <ul style="list-style-type: none"> • Boulevard Kampstraße / Brüderweg • Südöstliche City (Betenstraße/Olpe, Viktoriastraße/Balkenstraße) • Umgestaltung südwestliche City im Bereich um die Silberstraße Hörde Zentrum Ortskern Aplerbeck Visitor Center Ruhr – Ganzheitliches Kundenleitsystem PHOENIX See Ortskern Mengede Radweg Bahntrasse Achenbach Emscher Landschaftspark Gesamtprojekte Wasserturm „Lanstroper Ei“ Hafen Minister Achenbach Uferthron Hengsteysee Transferräume von Ruhrtal zu Emschertal Fluss Stadt Land Gesamtprojekte Hafen Stadtumbau-West Derne</p>

Kommune	Projekt
Dortmund	<p>Zeche Germania Westfalenhütte Verbesserung der Freizeitstruktur am Wasser Erlebnispfad „Neues Emschertal“ Transferräume Emscher-Lippe Dortmunder Höhepunkte in Verbindung mit dem Emscher Landschaftspark Gartenstadtradweg in Dortmund Deusenberg im Regionalen Grünzug F DFB-Museum</p>
Fröndenberg/Ruhr	<p>Wasserwanderweg Öffnung der Innenstadt zur Ruhr Schürenfeld Umgestaltung des Bahnhofsfeldes und Bahnhofsumnutzung Bestandsentwicklung Mühlenberg Bestandsentwicklung Stadtkern</p>
Hamm	<p>Stadtumbau-West Bahnhofsquartier / City Im Westen was Neues / Haldenpark Hamm / Projekt Hammer Westen Hamm ans Wasser Thyssen Areal Hamm Konversationsflächen Hochschule Hamm-Lippstadt Zukunftsstandort Maximilianpark Arbeitersiedlung – regionales Projekt als Beitrag zur Kulturhauptstadt Europa 2010 Stadtteilprojekte Hamm-Bockum-Hövel / Hamm-Pelkum Lippetourismus – Regionales Tourismusprojekt von der Quelle bis zur Mündung Schloss Oberwerries</p>
Holzwickede	<p>Umgestaltung Emscherpark</p>
Kamen	<p>Umgestaltung Bahnhofsumfeld Kamen Öffnung der Innenstadt zur umgestalteten Seseke sowie Öffnung als Naherholungsband Umgestaltung des Nebenzentrums Methler (Ortslage Kaiserau) Umgestaltung des Nebenzentrums Heeren-Werve</p>
Lünen	<p>Innenstadtkonzept Lünen 2012 Neues Wohnen im Lippewohnpark in zwei Bauabschnitten: Abschnitt 1: Neubau, Zentralhallenbad, Abschnitt 2: Wohnbebauung und Neugestaltung Lippezugänge Zentrum für Bildung und Kultur (Impulsprojekt Stadtumbau: „Innenstadt Lünen 2012“) Masterplan Freiraum (1. Baustein Innenstadt)</p>

Kommune	Projekt
Lünen	<p>Baukulturelle Instandsetzung der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Lüner Projekte des Gemeinschaftsprojekts „Über Wasser gehen“ Soziale Stadt Lünen-Gahmen Treffpunkt Hauptbahnhof Lünen Integrierte Bildungsinitiative Lünen-Süd Hochschulstandort Lünen: Neuerrichtung / FH-Erweiterung in regionaler Kooperation, Schwerpunkt Anwendungsorientierte Recyclingtechnologie / Kreislaufwirtschaft Rundwanderwege Lünen Reaktivierung Viktoria I/II Stadthafen – Trimodaler Containerterminal Fuß- und Radwegbrücke über den Datteln-Hamm-Kanal</p>
Schwerte	<p>Umsetzung Rahmenplanung Bahnhofsumfeld Wegeoptimierung RuhrtalRadweg Kanu-Tourismus in Schwerte Generationsübergreifende, innerstädtische Freiraumplanung</p>
Selm	<p>Touristische Entwicklung Ternscher See Entwicklungsstrategie Selmer Bach Schloss Cappenberg Zentrumsstärkung Selm Umbau Kreisstraße Entwicklungskonzept Gastronomie</p>
Kreis Unna	<p>Haus Opherdicke – Begründung eines Kunstmuseums „Haus der Moderne“ Fuß- und Radweg an der Seseke von km 0–19,4 von Bönen über Kamen bis Lünen incl. Kunstobjekte (interkomm. Projekt „Über Wasser gehen“) „Emscher meets Ruhr“ (Landschaftliche) Inszenierung B1 I A 40_B1_21st Westfalenwanderweg als Panoramaweg Haarstrang Fortführung Regionale Initiative Fluss Stadt Land in anderer Form Lippeturismus – regionales Tourismuskonzept von der Quelle bis zur Mündung</p>
Unna	<p>Stadtumbau Bahnhofsumfeld Bestandsentwicklung Gartenvorstadt Landesstelle Unna-Massen: „Kreativquartier Ruhr 2010“ Handlungskonzept Innenstadt: Maßnahmen</p>
Werne	<p>Radweg „Schieferkamp“ in der Lippeaue Radweg Bahntrasse Zeche Werne bis Werne-Stockum Lippefähre Gewerbegebiet „An der A 1“ Historischer Wachplatz an der Horne Hornepromenade</p>

REGIONALE VERKEHRSPROJEKTE NACH KOMMUNEN

Kommune	Projekt	Erläuterung
Bergkamen	L 821 n	Bau einer neuen Verbindungsstraße zwischen der B 61 Lüner Straße und Erich-Ollenhauer Straße
Bönen	K 35 n	Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets Bönen/Hamm auf dem Gemeindegebiet Bönen
	Anlagen für kombinierten Ladungsverkehr	Vernetzung in Transportketten verbessern
Dortmund	Dortmund Airport	Erweiterung der Betriebszeiten sowie Verlängerung der Start- und Landebahn
	Dortmund Airport: Luftverkehrskonzept des Landes	Landesplanung fördert die Entwicklung von Regionalflughäfen über dezentrales Luftverkehrskonzept
	Dortmund Airport: Verbesserte ÖPNV-Anbindung	Erstellung Schienenanbindung über S-Bahn oder Stadtbahn
	Hauptbahnhof Dortmund	Weitere Ertüchtigung der Verkehrsstation z. B. Aufzüge für Ferngleise, DB-Lounge für Geschäftsreisende
	Schienenstrecke Dortmund-Kamen-Hamm	Ausbau von zwei auf drei oder vier Gleise wegen der Engpässe durch parallele Nutzung durch Nah-, Güter- und Fernverkehr
	ÖPNV: Mobilitätsberatung	Mobilitätsberatung in den Kommunen fördern
	Stadtbahn Dortmund	Verlegung der Straßenbahn Marsbruchstraße in einen Tunnel zur Unterquerung der B 1
	ÖPNV: Anbindung Gewerbegebiete	Anbindung verbessern; Bedienungszeiten an Betriebe anpassen
ÖPNV: Kooperationen Verkehrsbetriebe	Mehr Kooperation auf Ebene der Verkehrsverbünde und der kommunalen Verkehrsbetriebe verbessert Qualität und senkt Kosten	

Kommune	Projekt	Erläuterung
Dortmund	Anlagen für kombinierten Ladungsverkehr	Vernetzung in Transportketten verbessern
	B 1/A 40	Bau in Tunnellage zwischen Wittekindstraße und Märkische Straße
	B 1/A 40	Bau in Tunnellage zwischen Märkische Straße und B 236 n
	A 45	6-spuriger Ausbau zwischen AK Dortmund/West und AK Dortmund/Witten
	A 45	6-spuriger Ausbau zwischen AK Dortmund/Witten und AK Westhofen
	B 1	6-spuriger Ausbau (später Umwidmung zur A 40) von Dortmund/Ost (B 236) bis AK Dortmund/Unna
	L 663 n	Weiterbau zwischen Dortmund-Asseln, Unna, Stadtgrenze Kamen
	Nordspange	Bau der Nordspange Dortmund-Westfalenhütte
	A 2	Bau Autobahn-Vollanschluss Kurl/Lanstrop
	Dortmund-Ems-Kanal	Brückenhebung für mehrlagigen Containertransport zum Rhein
Häfen	Hafenstandorte planerisch als Industriegebiete und Umschlagpunkte sichern	
	Rhein-Ruhr-Express (RRX)	Schnelle Regionalbahn zwischen Dortmund und Köln im 15-Minutentakt; Weiterführung nach Hamm und Münster
Dortmund, Lünen	Schienenstrecke Dortmund-Lünen-Münster	Ausbau von einem auf zwei Gleise zwischen Lünen und Münster
Fröndenberg	L 673 n	Bau zur Entlastung des Ortskerns

Kommune	Projekt	Erläuterung
Hamm	Rhein-Ruhr-Express (RRX)	Schnelle Regionalbahn zwischen Dortmund und Köln im 15-Minutentakt; Weiterführung nach Hamm und Münster
	Bahnhof Hamm	Überwerfungsbauwerk für Einfädelung der Verkehre aus der Wupperachse
	ÖPNV: Anbindung Gewerbegebiete	Anbindung verbessern; Bedienungszeiten an Betriebe anpassen
	ÖPNV: Kooperationen Verkehrsbetriebe	Mehr Kooperation auf Ebene der Verkehrsverbünde und der kommunalen Verkehrsbetriebe verbessert Qualität und senkt Kosten
	A 445	Bau zwischen Hamm-Rhynern (A 2) und Werl-Nord (B 63)
	B 63 n	Bau zur verbesserten Anbindung des Hafens und der südlichen Innenstadt
	L 547 n	Ortsumgehung Dolberg
	L 667 n	Verlegung der L 667 nach Süden zur Entlastung des Ortskerns von Rhynern und zur Schaffung einer neuen Verbindung zwischen der Unnaer Straße (südlich der A 2) und der B 63
	Häfen	Hafenstandorte planerisch als Industriegebiete und Umschlagspunkte sichern
	Datteln-Hamm-Kanal	Erweiterung der Strecke Lünen bis Hamm
	Datteln-Hamm-Kanal	Erweiterung der Strecke Hamm bis Uentrop (Oststrecke)
Schienenstrecke Dortmund–Kamen–Hamm	Ausbau von zwei auf drei oder vier Gleise wegen der Engpässe durch parallele Nutzung durch Nah-, Güter- und Fernverkehr	
Hamm, Bönen	K 13 n	Bau zur Anbindung des interkommunalen Gewerbegebiets Bönen/Hamm an die B 63 n
Holzwickede	L 677 n	Östliche Ortsumgehung Holzwickede
Kamen	Rhein-Ruhr-Express (RRX)	Schnelle Regionalbahn zwischen Dortmund und Köln im 15-Minutentakt; Weiterführung nach Hamm und Münster

Kommune	Projekt	Erläuterung
Kamen	L 663 n	Weiterbau zwischen Dortmund-Asseln, Unna, Stadtgrenze Kamen
	Schienenstrecke Dortmund–Kamen–Hamm	Ausbau von zwei auf drei oder vier Gleise wegen der Engpässe durch parallele Nutzung durch Nah-, Güter- und Fernverkehr
Lünen	B 54	4-spüriger Ausbau von der Anschlussstelle B 236 bis zur Kupferstraße
	A 2	Bau Autobahn-Vollanschluss Kurl/Lanstrop
	Häfen	Hafenstandorte planerisch als Industriegebiete und Umschlagpunkte sichern
	Datteln-Hamm-Kanal	Erweiterung der Strecke bis Lünen
Schwerte	B 236	Erneuerung der Stahlbrücke der Bahn zur Vergrößerung der Durchfahrthöhe in Höhe Hörder Straße/Bethunestr.
	B 236 n	Weiterbau der B 236 n von der Stadtgrenze Schwerte bis zur Anschlussstelle A 1
	K 10	Bau zur besseren Anbindung des Gewerbegebiets Binnerheide
Selm	B 236	Umbau der Kreisstraße
	K 44 n	Bau der Südumgehung Buddenbergstraße
Unna	Anlagen für kombinierten Ladungsverkehr	Vernetzung in Transportketten verbessern
	L 663 n	Weiterbau zwischen Dortmund-Asseln, Unna, Stadtgrenze Kamen
	B 1	Verbesserte Anbindung des Gewerbegebiets Hans-Böckler-Straße
Unna (Kreis)	ÖPNV: Anbindung Gewerbegebiete	Anbindung verbessern; Bedienungszeiten an Betriebe anpassen
	ÖPNV: Kooperationen Verkehrsbetriebe	Mehr Kooperation auf Ebene der Verkehrsverbünde und bei den kommunalen Verkehrsbetrieben verbessert Qualität und senkt Kosten

KENNZAHLEN ZU
VERFÜGBAREN
FLÄCHEN
IM IHK-BEZIRK
DORTMUND



IHK-Bezirk	in ha	davon kurzfristig (innerhalb von zwei Jahren verfügbar)
Dortmund	329	143
Hamm	202	139
Kreis Unna	401	235
Bergkamen	48	31
Bönen	80	80
Fröndenberg	25	12
Holzwickede	20	16
Kamen	70	17
Lünen	33	28
Schwerte	24	13
Selm	11	11
Unna	80	17
Werne	10	10

Quelle: „Wirtschaftsflächen Ruhr 2009“ der Wirtschaftsförderung metropol Ruhr GmbH

MITWIRKENDE AUS VOLLVERSAMMLUNG UND GESCHÄFTSFÜHRUNG

Gesamtleitung: Udo Dolezych, Reinhard Schulz

AK I

„Standortpolitik für Innovation
und Wachstum“

Dr. Knut Zschiedrich (Leitung),
Bertram Brökelmann, Falko Derwald,
Dr. Ralf Ebbinghaus, Wulf-Christian Ehrich,
Dr. Ansgar Fendel, Anja Fischer,
Ulrich Fischer, Prof. Dr.-Ing. Gerd Grube,
Gerd Hewing, Hans-Jörg Hübner, Jens te Kaat,
Dr. Jochen Kühner, Dr. Anton Mindl,
Klaus Moßmeier, Thorsten Munk,
Jürgen Neuhäuser, Thomas Rinschede,
Dirk Rutenhofer, Uwe Samulewicz,
Stefan Schreiber, Reinhold Schulte,
Helmut Werner.

AK II

„Bildung schafft Zukunft“

Britta Feiler (Leitung), Gerhard Drauschke,
Dr. Karl-Peter Ellerbrock, Prof. Dr.-Ing. Gerd
Grube, Luise Harms, Hans J. Hesse,
Dr. Joachim Maas, Thorsten Munk, Frank
Murmann, Joachim Nill, Dr. Jürgen Onasch,
Ralph Weber, Prof. Bodo Weidlich,
Claus-Dieter Weibert.

AK III

„Infrastruktur und Flächen –
Faktoren wirtschaftlicher Dynamik“

Dr.-Ing. Albrecht Knauf (Leitung),
Klaus Brenscheidt, Peter Daub, Falko Derwald,
Martin Dreier, Heinz-Herbert Dustmann,
Dr. Laura Faltz, Anja Fischer, Michael
Freundlieb, Hans-Jörg Hübner, Bernhard
Kurpicz, Dr. Gerhard Kummer, Guntram
Pehlke, Stefan Peltzer, Stefan Schreiber, Dirk
Schroeder, Andreas Tracz, Thomas Weise.

AK IV

„Handel, Kultur, Kreativität:
Impulse für eine attraktive Region“

Gerhard Rüschenbeck (Leitung), Karin Dicke,
Bernd Düvel, Martin Eul, Dr. Laura Faltz,
Wim Gelhard, Gunter Grube, Bernd
Honermeyer, Gabriele Isken, Thomas
Johannpeter, Martin Kolöchter,
Heinrich Overkamp, Joachim Punge,
Tina Risse-Stock, Axel Schroeder, Georg
Schulte, Matthias Stiller, Wolfgang
Thönes, Ralph Weber, Ulf Wollrath.

FOTONACHWEISE

Seite 4: StandOut; Seite 9: RWE; Seite 13: Menne; Seite 16: Goeke; Seite 17: IHK/foto morgana/
Korthals; Seite 20: Grafik: idea Kommunikation; Seite 22: NA; Seite 24: Flughafen Dortmund;
Seite 26: Menne; Seite 27: RUHR.2010/Klein, Neumann; Seite 28: ECE



Industrie- und Handelskammer zu Dortmund
Märkische Straße 120 | 44141 Dortmund
Telefon 0231 5417-0 | Telefax 0231 5417-109
www.dortmund.ihk24.de | info@dortmund.ihk.de

Zweigstelle Hamm
Südstraße 29 | 59065 Hamm
Telefon 02381 92141-0 | Telefax 02381 92141-23